

494202-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Planungsleistungen im Bauwesen – A 3 AS Leverkusen-Zentrum (m) bis AK Leverkusen (m) - Objektplanung Verkehrsanlagen (Entwurfs- und Genehmigungsplanung), Ingenieurbauwerke und Tragwerksplanung (Vor- und Entwurfsplanung)

OJ S 143/2025 29/07/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Rheinland

E-Mail: FU-RHL-NL-KR-Vergabeservice@autobahn.de

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: A 3 AS Leverkusen-Zentrum (m) bis AK Leverkusen (m) - Objektplanung Verkehrsanlagen (Entwurfs- und Genehmigungsplanung), Ingenieurbauwerke und Tragwerksplanung (Vor- und Entwurfsplanung)

Beschreibung: Objektplanung Verkehrsanlagen LP3 und LP4 (Entwurfs- und Genehmigungsplanung), Ingenieurbauwerke und Tragwerksplanung LP2 und LP3 (Vor- und Entwurfsplanung)

Kennung des Verfahrens: 0a03c820-c85a-423d-992f-b59a0a5a68a2

Interne Kennung: 45-22-5048

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71313000 Umwelttechnische Beratung, 71322300

Planungsleistungen für Brücken, 71322500 Technische Planungsleistungen für

Verkehrsanlagen, 71332000 Dienstleistungen im Bereich Geotechnik

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Krefeld

Postleitzahl: 47805

Land, Gliederung (NUTS): Krefeld, Kreisfreie Stadt (DEA14)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Es werden 4 Bewerber zur Angebotsabgabe auf der Grundlage der unten aufgeführten Auswahlkriterien aufgefordert: Für die geforderten Angaben, Nachweise und Erklärungen sind die vom Auftraggeber vorgefertigten Teilnahmeunterlagen zu verwenden. Die Teilnahmeunterlagen fassen die gewünschten Informationen und Nachweise

der Bekanntmachung zusammen. Der Antrag auf Teilnahme ist zwingend in seiner Form einzuhalten. Die geforderten Nachweise und gewünschten Erklärungen sind entsprechend der vorgegebenen Nummerierung der Anlagen zu den jeweiligen Kapiteln der Teilnahmeanträge zu gliedern und zu sortieren. Die Nichtverwendung sowie die unvollständige Verwendung / Ausfüllung der vorbereiteten Teilnahmeunterlagen können zu einem Ausschluss aus dem Vergabeverfahren führen. Für die Bewerberauswahl werden nur die geforderten Unterlagen berücksichtigt, darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen reicht nicht aus. Kleinere Büroorganisationen und Berufsanfänger werden besonders auf die Möglichkeit der Bildung von Bewerbergemeinschaften hingewiesen. Zeitgleich erfolgt mit der Veröffentlichung der vorliegenden Ausschreibung im Rahmen derselben Maßnahme die Veröffentlichung der Leistung 45-23-5073 "Projektsteuerung/BIM-Management". Zur Sicherstellung der Qualität ist eine Trennung der Aufgabenzuordnungen und Funktionen (BIM-Autorenschaft/BIM-Koordination zu BIM-Gesamtkoordinator sowie zu BIM-Management) zwingend erforderlich. Bei gleichzeitiger Bewerbung ist ein Konzept zur Funktionstrennung beizufügen. Dies betrifft auch die Beteiligung an Bewerbergemeinschaften. Das Vergabeverfahren für die Ausschreibung 25_A-07725-20_45-22-5048 wird auf Grund der Finanzierung unter Vorbehalt eingeleitet. Die Vergabestelle geht davon aus, dass die Vorbehalte vor Zuschlagserteilung ausgeräumt sind. Sollte dies wider Erwarten nicht der Fall sein, wird das Verfahren für die Ausschreibung 25_A-07725-20_45-22-5048 ohne Zuschlagserteilung aufgehoben. Der nach der finalen Angebotswertung erstplatzierte Bieter wird in diesem Fall für den durch die Teilnahme am Ausschreibungsverfahren entstandenen Aufwand mit 45.000 € (netto) entschädigt.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Korruption: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123 oder 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Betrug: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Zahlungsunfähigkeit: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde und insofern nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Auf gesondertes Verlangen: Vorlage einer Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, soweit Ihr Unternehmen beitragspflichtig ist.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt wurde und insofern nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Auf gesondertes Verlangen: Vorlage einer Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes, soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 98c Aufenthaltsgesetz, § 19 Mindestlohngesetz, § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz und § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz vorliegen (§ 124 (2) GWB). Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

5.1. Los: LOT-0000

Titel: A 3 AS Leverkusen-Zentrum (m) bis AK Leverkusen (m) - Objektplanung Verkehrsanlagen (Entwurfs- und Genehmigungsplanung), Ingenieurbauwerke und Tragwerksplanung (Vor- und Entwurfsplanung)

Beschreibung: A 3 AS Leverkusen-Zentrum (m) bis AK Leverkusen (m) - Objektplanung Verkehrsanlagen (Entwurfs- und Genehmigungsplanung), Ingenieurbauwerke und Tragwerksplanung (Vor- und Entwurfsplanung) Ort der Leistung: Die Autobahnen A1, A3 und A4 umschließen das Kölner Stadtgebiet, den so genannten Kölner Ring. Aufgrund der permanenten verkehrlichen Überlastung ist er eine der stauanfälligsten Verkehrsverbindungen Deutschlands. Seit den 2000er Jahren wird daher der Kölner Ring sukzessiv ausgebaut. Ein signifikanter Meilenstein des Gesamtprojekts ist dabei der Ausbau im Leverkusener Stadtgebiet im Norden des Autobahnringes. Der "Autobahnausbau bei Leverkusen" - kurz "A-bei-Lev" wird aufgrund seiner Komplexität, der zahlreichen Zwangspunkte und den verkehrlichen Abhängigkeiten in 3 Bauabschnitte unterteilt. • Bauabschnitt 1: BAB A1 AS Köln Niehl - AK Leverkusen West (Rheinbrücke). Dieser wird hier nur der Vollständigkeit halber genannt, ist aber nicht Teil der ausgeschriebenen Planungsleistung. • Bauabschnitt 2: BAB A1 AK Leverkusen West - AK Leverkusen (o) • Bauabschnitt 3: BAB A3 AK Leverkusen (m) - AS Leverkusen-Zentrum Die Bauabschnitte 2 und 3 werden mit Beginn der Vorentwurfsplanung (VE) zusammengelegt. Als Ergebnis des neuen Zuschnitts entsteht aus den bislang zwei getrennten Maßnahmen ein gemeinsamer Vorentwurf, mit einer gemeinsamen Baukostenermittlung (nach AKVS detailliert aufgeschlüsselt), der zu einer gemeinsamen Planfeststellung führt. Ein gemeinsames Planfeststellungsverfahren für beide Maßnahmen ist wegen der planungsbedingten Abhängigkeiten zwingend erforderlich. Art und Umfang der Leistung: Dem Auftragnehmer werden im Zuge der Bearbeitung die folgenden Leistungen übertragen: • Objektplanung Verkehrsanlagen (Lph 3 + Lph 4) • umweltfachliche Untersuchungen (Lph 3 + Lph 4) • Entwässerungsplanung (Lph 1 + Lph 2 + Lph 3 + Lph 4) • Immissionsschutzplanung • Objektplanung Ingenieurbauwerke (Lph 1 + Lph 2 + teilw. Lph 3) • Tragwerksplanung (Lph 1 + Lph 2 + teilw. Lph 3), städtebaul. Gestaltung • Geotechnik • Bauphasenplanung • Nachhaltigkeitsbetrachtung Der AG stellt ein Projektkommunikationsmanagement-System (CDE INFRASTRUCTURE) zur Verfügung, das verpflichtend genutzt werden muss. Der AN unterstützt den AG im Rahmen sämtlicher Öffentlichkeitsbeteiligungen. BIM ist als Arbeitsmethode für alle Planungsprozesse anzuwenden.

Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71313000 Umwelttechnische Beratung, 71322300

Planungsleistungen für Brücken, 71322500 Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen, 71332000 Dienstleistungen im Bereich Geotechnik

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Köln

Postleitzahl: 50679

Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/04/2026

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch geeignet für:selbst#, #Besonders auch geeignet für:other-sme#+++ Fortsetzung

Eignungskriterien "Techniker oder technische Stellen zur Durchführung der Arbeiten" +++

Umweltfachliche Leistungen (LBP, Artenschutz, FFH-VP) Mindestens eine technische

Fachkraft sowie deren Stellvertretung mit abgeschlossenem umweltfachlichem Studium oder vergleichbarer Qualifikation mit mindestens 3-jähriger Berufserfahrung in der

Landschaftsplanung im Zuge von Bundesfernstraßen oder vergleichbaren Straßen. Für die benannten Personen muss jeweils mindestens ein Referenzprojekt aus den vergangenen 10

Jahren nachgewiesen werden das die folgenden Kriterien erfüllt: • Abgeschlossene

Umweltverträglichkeitsstudie und LBP mit Fachbeitrag Artenschutz zum Neu- oder Ausbau

eines Bundesfernstraßenbauprojektes oder vergleichbaren Vorhabens. • Abschluss der

Leistung nach dem 01.07.2015 BIM-Gesamtkoordinator Mindestens eine technische Fachkraft

sowie deren Stellvertretung die maßgeblich die Koordinationsleistung erbringt, mit

abgeschlossenem Studium Bauingenieurwesen oder vergleichbarer Qualifikation, mit mind. 5-jähriger Berufserfahrung im Bereich Planung von Straßen bzw. Verkehrsanlagen (in

Anlehnung an die Lph 3 - 4 § 47 HOAI) an Bundesfernstraßen oder vergleichbaren Straßen.

Zusätzlich ist der Nachweis der Zusatzqualifikation BIM (nach dem Mindeststandard der VDI

2552 Blatt 8.2 und 8.3 (Building-Information-Modeling-Qualifikationen - Vertiefende Kenntnisse und Fertigkeiten)) zu erbringen. Dies kann entweder über • das buildingSMART Zertifikat

Practitioner openBIM Coordination oder • eine vergleichbare firmeninterne

Qualifikationsmaßnahme und/oder Fortbildungen oder • ein Referenzprojekt in der Rolle der

BIM-Gesamtkoordination in vergleichbaren Verkehrs-Infrastrukturprojekten (zweibahnige

Bundesfernstraße oder vergleichbar mit mind. einem Brückenbauwerk oder einer Bahnanlage mit mind. einem Brückenbauwerk) aus den vergangenen 10 Jahren mit mehreren

Fachgewerken über mind. 2 aufeinanderfolgende abgeschlossene HOAI-Leistungsphasen

nachgewiesen werden. Aus Gründen der Qualitätssicherung ist eine Trennung der

Aufgabenzuordnungen und Funktionen erforderlich. Personen, die bereits für die

Leistungsbereiche der BIM-Autorenschaft und BIM-Koordination verantwortlich sind, dürfen

nicht als BIM-Gesamtkoordinator benannt werden. Des Weiteren erfolgt zeitgleich mit der

Veröffentlichung der vorliegenden Ausschreibung im Rahmen derselben Maßnahme die

Veröffentlichung der Leistung 45-23-5073 "Projektsteuerung/BIM-Management". Zur

Sicherstellung der Qualität ist auch hier eine Trennung der Aufgabenzuordnungen und

Funktionen (BIM-Autorenschaft/BIM-Koordination zu BIM-Gesamtkoordinator sowie zu BIM-

Management) zwingend erforderlich. Bei gleichzeitiger Bewerbung ist ein Konzept zur

Funktionstrennung beizufügen. Dies betrifft auch die Beteiligung an Bergergemeinschaften.

Wird einer der o.g. Mindeststandards nicht erfüllt, erfolgt ein Ausschluss der Bewerbung

wegen fehlender Eignung. Wertung: Sofern mehr als 4 Bewerber als geeignet anzusehen sind

bewertet der AG das o.g. Eignungskriterium zur Auswahl der zur Angebotsabgabe

aufzufordernden Bewerber wie folgt: Bei der Wertung sind folgende Sachverhalte wesentlich:

Über den Mindeststandard hinausgehende Erfahrungen für die Leistungsbilder Objektplanung

Verkehrsanlagen und Ingenieurbau/Tragwerksplanung für Großbaumaßnahmen im Fernstraßenbau innerhalb der vergangenen 10 Jahre. Die Bewertung erfolgt anhand der genannten Referenzen. Sie werden mit 0 bis 3 Punkten bewertet und orientieren sich an der Vergleichbarkeit mit der vorliegenden Maßnahme. Ausschließlich die 3 besten Referenzen gehen in Bezug auf Qualität und Quantität in die Bewertung ein. Die für den Mindeststandard des Teilnahmewettbewerbs erforderliche Referenz wird hier nicht mehr berücksichtigt. Wichtung: 60 % +++ Ende Eignungskriterien +++ Die Kommunikation erfolgt während des gesamten Vergabeverfahrens ausschließlich elektronisch über die Vergabepattform. Von anderen Zustellungswegen bitten wir abzusehen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag einzureichen: Eigenerklärung mit Angaben und Nachweisen Angaben zu Maßnahmen des Bewerbers, zur Gewährleistung der Qualität und seiner Untersuchungsmöglichkeiten (§ 46 (3) Nr. 3 VgV) Mindeststandard:

Der Bewerber muss mindestens über eine Zertifizierung nach ISO 9001:2015 oder eine vergleichbare interne Qualitätssicherung verfügen. Das o.g. Kriterium ist kein Auswahlkriterium.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag einzureichen: Eigenerklärung mit Angaben und Nachweisen Ausführung von Leistungen in den letzten drei Jahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind (§ 46 (3) Nr. 1 VgV) Der Beurteilungszeitraum wird von drei auf zehn Jahre erweitert. Mindeststandard: Der Bewerber muss mindestens für ein vergleichbares, abgeschlossenes Projekt die Planungsleistungen der Leistungsphasen 3 bis 4 in Anlehnung an die HOAI erbracht haben, das folgende Kriterien erfüllt: • Objektplanung Verkehrsanlagen in Anlehnung an § 47 HOAI, Lph. 3 bis 4 einer Bundesfernstraße oder vergleichbaren Straße mit analoger Streckenlänge • Gleichzeitiger Neu-, Um- oder Ausbau von mindestens einem Ingenieurbauwerk (Brückenbauwerk/Tunnelbauwerk) • Gleichzeitiger Neu- oder Ausbau von mindestens einem planfreien Knotenpunkt (Autobahnkreuz oder Autobahndreieck) • Abschluss der Leistung nach dem 01.07.2015 sowie • Objektplanung Ingenieurbauwerke und Tragwerksplanung in Anlehnung an §§ 43 und 51 HOAI, Lph. 1 bis 3 im Zuge einer Bundesfernstraße oder vergleichbaren Straße • Neubau mindestens einer Stahl-/Stahlverbundbrücke (Stützweite ≥ 100 m) • Neubau mindestens einer Spannbetonbrücke (Stützweite ≥ 50 m) • Bauen im Bestand • Abschluss der Leistung nach dem 01.07.2015 Der Nachweis des geforderten Mindeststandards kann bei Bedarf durch mehrere Referenzen nachgewiesen werden. Wird einer der o.g. Mindeststandards nicht erfüllt, erfolgt ein Ausschluss der Bewerbung wegen fehlender Eignung. Das o.g. Kriterium ist kein Auswahlkriterium.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag einzureichen: Eigenerklärung mit Angaben und Nachweisen Leistungsfähigkeit der Führungskräfte des Unternehmens (Projektleitung), die die technische Leitung innehaben inkl. berufliche Befähigung (§ 46 (3) Nr. 6 VgV) Mindeststandard: Objektplanung Verkehrsanlagen Mindestens eine Führungskraft (Projektleitung) mit abgeschlossenem Studium Bauingenieurwesen oder vergleichbar mit

mind. 10-jähriger Berufserfahrung im Bereich Planung und Projektleitung von Großprojekten an Bundesfernstraßen oder vergleichbaren Straßen. Für die benannte Person muss jeweils ein abgeschlossenes Referenzprojekt aus den vergangenen 10 Jahren nachgewiesen werden das die folgenden Kriterien erfüllt: • Objektplanung Verkehrsanlagen in Anlehnung an § 47 HOAI, Lph. 3 bis 4 einer Bundesfernstraße oder vergleichbaren Straße mit analoger Streckenlänge • Gleichzeitiger Neu- oder Ausbau von mindestens einem vergleichbaren Ingenieurbauwerk (Brückenbauwerk/Tunnelbauwerk) • Bauvolumen ≥ 100 Mio.€ • Vorstellung des Projekts im Rahmen von Öffentlichkeitsbeteiligungen • Abschluss der Leistung nach dem 01.07.2015 Der Nachweis des geforderten Mindeststandards kann bei Bedarf durch mehrere Referenzen erbracht werden. Objektplanung Ingenieurbauwerke/Tragwerksplanung Mindestens eine Führungskraft (Projektleitung) mit abgeschlossenem Studium Bauingenieurwesen, Fachrichtung konstruktiver Ingenieurbau oder vergleichbar mit mind. 10-jähriger Berufserfahrung im Bereich Planung und Projektleitung von Ingenieurbauwerken an Bundesfernstraßen oder vergleichbaren Straßen. Für die benannte Person muss jeweils mindestens ein abgeschlossenes Referenzprojekt aus den vergangenen 10 Jahren nachgewiesen werden das die folgenden Kriterien erfüllt: • Objektplanung Ingenieurbauwerke und Tragwerksplanung in Anlehnung an §§ 43 und 51 HOAI, Lph. 1 bis 3 im Zuge einer Bundesfernstraße oder vergleichbaren Straße • Neubau mindestens einer Großbrücke (Gesamtstützweite ≥ 100 m) • Bauen im Bestand • Abschluss der Leistung nach dem 01.07.2015 Der Nachweis des geforderten Mindeststandards kann bei Bedarf durch mehrere Referenzen erbracht werden. Objektplanung Geotechnik Mindestens eine Führungskraft (Verantwortliche Person) mit folgender Qualifikation: Geotechnischer Sachverständiger i.S. DIN 4020 (Sachverständiger für Geotechnik gemäß EASV der DGGT oder öffentlich und vereidigter Sachverständiger für Erd-/Grundbau) oder Studium im Bereich Bauingenieurwesen, Geotechnik oder angewandte Geowissenschaften/Ingenieurgeologie mit folgenden zwei möglichen Voraussetzungen: • Abschluss Master/Diplom und mind. 5 Jahre Berufserfahrung bzw. • Abschluss Bachelor und mind. 7 Jahre Berufserfahrung im Bereich Geotechnik für Maßnahmen im Straßen-/Erdbau und konstruktiven Ingenieurbau/Brückenbau sowie zusätzlich Nachweis der regelmäßigen Teilnahme an Schulungen im Bereich Geotechnik/Erd-/Grundbau (mind. 1 Schulung alle 3 Jahre). Die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift ist erforderlich. Für die Führungskraft müssen mind. 2 abgeschlossene Referenzen der letzten 5 Jahre im Bereich von Straßen- und/oder Brückenbauprojekten für einen öffentlichen Auftraggeber, die die folgenden Kriterien erfüllen nachgewiesen werden. • Geotechnische Untersuchung gem. DIN EN 1997-2 von Brückenbauwerken der geotechnischen Kategorie GK 3 • Geotechnische Untersuchung einer Bundesfernstraße oder vergleichbaren Straße Hinweise: Anerkannt werden Schulungen im Bereich Geotechnik/Ingenieurgeologie zu den Themen Erdbau, Spezialtiefbau, Bodenmechanik, Grundbau, Boden-/Baugrundverbesserung, Tunnelbau, Felsmechanik, Bauen in Erdbebengebieten, Umweltgeotechnik, Geokunststoffe und Geotextilien im Erd-/Grundbau. Voraussetzung ist die Anerkennung der jeweiligen Fortbildungsveranstaltung seitens der Ingenieurkammer Bau NRW (§6 Fort- und Weiterbildungsverordnung). Alternativ gelten auch Teilnahmebestätigungen von der Deutschen Gesellschaft für Geotechnik (DGGT) oder die Anerkennung der jeweiligen Fortbildungsveranstaltung durch eine Landesingenieurkammer außerhalb von NRW. Wird einer der o.g. Mindeststandards nicht erfüllt, erfolgt ein Ausschluss der Bewerbung wegen fehlender Eignung. Wertung: Sofern mehr als 4 Bewerber als geeignet anzusehen sind bewertet der AG das o.g. Eignungskriterium zur Auswahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber wie folgt: Bei der Wertung sind folgende Sachverhalte wesentlich: Über den Mindeststandard hinausgehende Erfahrungen für die Leistungsbilder Objektplanung Verkehrsanlagen und Objektplanung Ingenieurbau /Tragwerksplanung im Zuge von Großbaumaßnahmen im Fernstraßenbau innerhalb der

vergangenen 10 Jahre. Die Bewertung erfolgt anhand der genannten Referenzen. Sie werden mit 0 bis 3 Punkten bewertet und orientieren sich an der Vergleichbarkeit mit der vorliegenden Maßnahme. Ausschließlich die 3 besten Referenzen gehen in Bezug auf Qualität und Quantität in die Bewertung ein. Die für den Mindeststandard des Teilnahmewettbewerbs erforderliche Referenz wird hier nicht mehr berücksichtigt. Wichtig: 40% Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Techniker oder technische Stellen zur Durchführung der Arbeiten

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag einzureichen: Eigenerklärung mit Angaben und Nachweisen Leistungsfähigkeit der techn. Fachkräfte, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, inkl. berufliche Befähigung (§ 46 (3) Nr. 2 VgV) Mindeststandard: Objektplanung Verkehrsanlage Mindestens eine technische Fachkraft sowie deren Stellvertretung die maßgeblich die Planungsleistung erbringt, mit abgeschlossenem Studium Bauingenieurwesen, Fachrichtung Verkehrsplanung oder vergleichbar mit mind. 5-jähriger Berufserfahrung im Bereich Planung von Verkehrsanlagen an Bundesfernstraßen oder vergleichbaren Straßen. Für die benannten Personen müssen jeweils mindestens ein abgeschlossenes Referenzprojekt aus den vergangenen 10 Jahren nachgewiesen werden das die folgenden Kriterien erfüllt: • Objektplanung Verkehrsanlagen in Anlehnung an § 47 HOAI, Lph. 3 bis 4 einer Bundesfernstraße oder vergleichbaren Straße mit analoger Streckenlänge • Gleichzeitiger Neu- oder Ausbau von mindestens einem Ingenieurbauwerk (Brückenbauwerk /Tunnelbauwerk) • Gleichzeitiger Neu- oder Ausbau von mindestens einem planfreien Knotenpunkt (Autobahnkreuz oder Autobahndreieck) • Entwässerungsplanung • Abschluss der Leistung nach dem 01.07.2015 Der Nachweis des geforderten Mindeststandards kann bei Bedarf durch zwei Referenzen erbracht werden. Zusätzlich ist jeweils der Nachweis der Zusatzqualifikation BIM (nach dem Mindeststandard der VDI 2552 Blatt 8.1 (Building-Information-Modeling-Qualifikationen - Basiskenntnisse)) zu erbringen. Dies kann entweder über • das buildingSMART Zertifikat Foundation (VDI) oder • eine vergleichbare firmeninterne Qualifikationsmaßnahme und/oder Fortbildungen oder • ein Referenzprojekt mit BIM relevanten Leistungen für eine Infrastrukturmaßnahme (zweibahnige Bundesfernstraße oder vergleichbar mit mind. einem Brückenbauwerk oder einer Bahnanlage mit mind. einem Brückenbauwerk) für mind. zwei aufeinanderfolgenden abgeschlossenen HOAI-Leistungsphasen aus den vergangenen 10 Jahren für die BIM-Koordination nachgewiesen werden. Objektplanung Ingenieurbauwerke/Tragwerksplanung Mindestens eine technische Fachkraft sowie deren Stellvertretung die maßgeblich die Planungsleistung erbringt, mit abgeschlossenem Studium Bauingenieurwesen, Fachrichtung konstruktiver Ingenieurbau oder vergleichbar mit mind. 5-jähriger Berufserfahrung im Bereich Planung von Ingenieurbauwerken) an Bundesfernstraßen oder vergleichbaren Straßen. Für die benannten Personen müssen jeweils mindestens ein abgeschlossenes Referenzprojekt aus den vergangenen 10 Jahren nachgewiesen werden das die folgenden Kriterien erfüllt: • Objektplanung Ingenieurbauwerke und Tragwerksplanung in Anlehnung an §§ 43 und 51 HOAI, Lph. 1 bis 3 an einer Bundesfernstraße oder vergleichbaren Straße • Neubau mindestens einer Großbrücke (Stützweite ≥ 100 m) • Bauen im Bestand • Abschluss der Leistung nach dem 01.07.2015 Der Nachweis des geforderten Mindeststandards kann bei Bedarf durch mehrere Referenzen erbracht werden. Zusätzlich ist jeweils der Nachweis der Zusatzqualifikation BIM (nach dem Mindeststandard der VDI 2552 Blatt 8.1 (Building-Information-Modeling-Qualifikationen - Basiskenntnisse)) zu erbringen. Dies kann entweder über • das buildingSMART Zertifikat Foundation (VDI) oder • eine vergleichbare firmeninterne Qualifikationsmaßnahme und/oder Fortbildungen oder • ein Referenzprojekt mit BIM

relevanten Leistungen für eine Infrastrukturmaßnahme (Brückenbauwerk mit mind. einer zweibahnige Bundesfernstraße oder vergleichbar oder einem Brückenbauwerk mit mind. einer Bahnanlage) für mind. zwei aufeinanderfolgenden abgeschlossenen HOAI-Leistungsphasen aus den vergangenen 10 Jahren für die BIM-Koordination nachgewiesen werden.

Immissionsschutzplanung - Lärm Mindestens eine technische Fachkraft die maßgeblich die Leistung erbringt, mit abgeschlossenem Studium Bauingenieurwesen oder vergleichbar, mit mind. 3-jähriger Berufserfahrung im Bereich Erstellung von Lärmschutzgutachten (nach den Kriterien der Lärmvorsorge) im Zuge von Bundesfernstraßen oder vergleichbaren Straßen. Für die benannte Person muss mindestens ein abgeschlossenes Referenzprojekt aus den vergangenen 10 Jahren nachgewiesen werden das die folgenden Kriterien erfüllt: •

Lärmschutzgutachten (Lärmvorsorge) für eine Maßnahme im Rahmen einer Bundesfernstraße oder vergleichbaren Straße, die mit dem Schwierigkeitsgrad der vorliegenden

Aufgabenstellung vergleichbar ist • Lärmschutzgutachten für die Aufstellung des RE-Entwurfs (LPH 3) • Abschluss der Leistung nach dem 01.07.2015

Immissionsschutzplanung - Luftschadstoffe Mindestens eine technische Fachkraft die maßgeblich die Leistung erbringt, mit abgeschlossenem Studium Bauingenieurwesen oder vergleichbar, mit mind. 3-jähriger Berufserfahrung im Bereich Erstellung von Luftschadstoffgutachten im Zuge von

Bundesfernstraßen oder vergleichbaren Straßen. Für die benannte Person muss mindestens ein abgeschlossenes Referenzprojekt aus den vergangenen 10 Jahren nachgewiesen werden

das die folgenden Kriterien erfüllt: • Luftschadstoffgutachten für eine Maßnahme im Rahmen einer Bundesfernstraße oder vergleichbaren Straße, die mit dem Schwierigkeitsgrad der

vorliegenden Aufgabenstellung vergleichbar ist • Luftschadstoffgutachten für die Aufstellung des RE-Entwurfs (LPH 3) • Abschluss der Leistung nach dem 01.07.2015

+++ Systembedingt ist die Anzahl der Zeichen in diesem Feld begrenzt. Fortsetzung siehe "Zusätzliche Informationen" +++

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag einzureichen: Eigenerklärung mit Angaben und Nachweisen Durchschnittliche jährliche Beschäftigungszahl des

Unternehmens in den letzten drei Jahren (§ 46 (3) Nr. 8 VgV) Mindeststandard: Der Bewerber muss mindestens • zehn technische Fachkräfte mit abgeschlossenem Studium

Bauingenieurwesen/Verkehrswesen oder vergleichbarer Qualifikation und • zehn technische Fachkräfte mit abgeschlossenem Studium Bauingenieurwesen, Fachrichtung Konstruktiver

Ingenieurbau oder vergleichbarer Qualifikation beschäftigt haben. Wird einer der o.g. Mindeststandards nicht erfüllt, erfolgt ein Ausschluss der Bewerbung wegen fehlender

Eignung. Das o.g. Kriterium ist kein Auswahlkriterium.

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag einzureichen: Eigenerklärung mit Angaben und Nachweisen Teile des Auftrages, die unter Umständen an

Unterauftragnehmer vom Bewerber vergeben werden sollen (§ 46 (3) Nr. 10 VgV)

Mindeststandard: Der Bewerber ist nur dann geeignet, wenn die von ihm benannten

Unterauftragnehmer den Mindeststandards für die übernommenen Leistungen genügen. Das o.g. Kriterium ist kein Auswahlkriterium.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag einzureichen:

Versicherungsnachweis bzw. Zusicherung der Berufshaft- oder Betriebshaftpflichtversicherung

auf Abschluss oder auf Erhöhung der Versicherungssumme im Auftragsfall (§ 45 (4) Nr. 2 VgV) Mindeststandard: Berufshaft- oder Betriebshaftpflichtversicherung für Personenschäden in Höhe von mindestens 3 Mio. € und für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) in Höhe von mindestens 5 Mio. € Es ist zu bestätigen, dass die Maximierung mindestens das 2-fache der genannten Deckungssummen pro Jahr beträgt. Umweltschäden sind von der Berufshaftpflicht einzuschließen. Bei Bewerbergemeinschaften ist der Nachweis für jedes Mitglied getrennt zu erbringen. Eine Erklärung, dass ggf. niedrigere Haftungssummen im Auftragsfall erhöht werden, ist ausreichend. Wird dieser Mindeststandard nicht erfüllt, erfolgt ein Ausschluss der Bewerbung wegen fehlender Eignung. Das o.g. Kriterium ist kein Auswahlkriterium.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag einzureichen: Eigenerklärung mit Angaben und Nachweisen, • gem. Beschreibung der o. g. Ausschlussgründe • dass sich das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet hat. Klarstellend wird auf die gesetzliche Regelung des Art. 5k VO (EU) Nr. 833-2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, hingewiesen. Die als Formular vorgegebene Eigenerklärung im Formblatt "EU Eigenerklärung Art. 5k VO EU Nr. 833-2014-BMWK.pdf", mittels derer die Auftraggeber die Einhaltung der vorgenannten Vorschrift zu prüfen haben, ist abzugeben. Das o.g. Kriterium ist kein Auswahlkriterium.

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag einzureichen: Eigenerklärung mit Angaben und Nachweisen Mindestjahresumsatz des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags (§ 45 (4) Nr. 4 VgV) Mindeststandard: Der Bewerber muss mindestens folgende Umsätze aufweisen: • Im Tätigkeitsbereich Planung Verkehrsanlagen 400.000 €/a (brutto) • Im Tätigkeitsbereich Planung von Ingenieurbauwerken (Brückenbauwerken) 1,0 Mio. €/a (brutto) Wird einer der o.g. Mindeststandards nicht erfüllt, erfolgt ein Ausschluss der Bewerbung wegen fehlender Eignung. Das o.g. Kriterium ist kein Auswahlkriterium.

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag einzureichen: Eigenerklärung mit Angaben und Nachweisen, dass das Unternehmen zur Erbringung der Dienstleistung berechtigt ist und die Berufsqualifikation gem. § 75 (2), (3) VgV bzw. § 44 VgV besitzt. Der Auftraggeber behält sich vor, die Vorlage von Bescheinigungen zur Berufsqualifikation zu verlangen. Das o.g. Kriterium ist kein Auswahlkriterium.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 4

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 4

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Personal- und Organisationskonzept

Beschreibung: Die folgenden Punkte werden berücksichtigt: • Verfügbarkeit des projektverantwortlichen Personals, Personalressourcen, Vertreterregelungen, Sicherstellen der Ausführungsfristen (innerhalb Kriterium 2 zu 50%) • Organisation und Koordination der verschiedenen Objektplanungen (Berichtswesen, Kommunikation mit dem AG, Terminplanung), Organisation und Ablauf des Änderungsmanagements (innerhalb Kriterium 2 zu 50%)

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Planungskonzept

Beschreibung: Die folgenden Punkte werden berücksichtigt: • Erkennen der Aufgabenstellung sowie der entscheidenden Rahmenbedingungen, kritischen Punkte und Risiken im Planungs- und Bauablauf (innerhalb Kriterium 3 zu 40%) • aus Spiegelstrich 1 resultierende Lösungsansätze (innerhalb Kriterium 3 zu 40%) • Integration der fachlichen Ergebnisse anderer (externer) an der Planung Beteiligter (innerhalb Kriterium 3 zu 20%).

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Honorar/Preis (Endgültiges Angebot)

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

5.1.11. **Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://vergabe.autobahn.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-197f47af194-1b2ff99f71e8c7e8

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://vergabe.autobahn.de>

5.1.12. **Bedingungen für die Auftragsvergabe**

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 07/10/2025

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://vergabe.autobahn.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 09/09/2025 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung von Unterlagen richtet sich nach § 56 VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Rechtsform der Bietergemeinschaften, an die der Auftrag vergeben wird (falls zutreffend): Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter. Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbungsgemeinschaft sind unzulässig und führen zum Verfahrensausschluss sämtlicher betroffener Bewerbungsgemeinschaften. Zahlungsbedingungen: Abschlagszahlungen gem. Projektfortschritt Zeitgleich erfolgt mit der Veröffentlichung der vorliegenden Ausschreibung im Rahmen derselben Maßnahme die Veröffentlichung der Leistung 45-23-5073 "Projektsteuerung/BIM-Management". Zur Sicherstellung der Qualität ist eine Trennung der Aufgabenzuordnungen und Funktionen (BIM-Autorenschaft/BIM-Koordination zu BIM-Gesamtkoordinator sowie zu BIM-Management) zwingend erforderlich. Bei gleichzeitiger Bewerbung ist ein Konzept zur Funktionstrennung beizufügen. Dies betrifft auch die Beteiligung an Bewerbungsgemeinschaften.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Die Autobahn GmbH des Bundes

Überprüfungsstelle: Bundeskartellamt - Vergabekammern des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: Auf die Unzulässigkeit eines

Nachprüfungsantrages nach Ablauf der Frist des § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB (15 Tage nach Eingang des Nichtabhilfebescheids auf eine Rüge) wird hingewiesen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Rheinland

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Die Autobahn GmbH des Bundes

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Rheinland

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Rheinland

Registrierungsnummer: USt-ID DE329214156

Postanschrift: Willy-Brandt-Platz 2

Stadt: Krefeld

Postleitzahl: 47805

Land, Gliederung (NUTS): Krefeld, Kreisfreie Stadt (DEA14)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabestelle

E-Mail: FU-RHL-NL-KR-Vergabeservice@autobahn.de

Telefon: +49 215136807701

Internetadresse: <https://www.autobahn.de>

Profil des Erwerbers: <https://vergabe.autobahn.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt - Vergabekammern des Bundes

Registrierungsnummer: N.N.

Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53113

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 22894990

Internetadresse: https://www.bundeskartellamt.de/DE/Vergaberecht/vergaberecht_node.html

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes

Registrierungsnummer: USt.-ID DE329214156

Postanschrift: Heidestraße 15

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10557

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: recht@autobahn.de

Telefon: +49 30640964911

Fax: +49 30403680811

Internetadresse: <https://www.autobahn.de>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-7006

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes

Registrierungsnummer: USt. ID DE329214156

Postanschrift: Heidestraße 15

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10557

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: recht@autobahn.de

Telefon: +49 30640964911

Internetadresse: <https://www.autobahn.de>

Rollen dieser Organisation:

Schlichtungsstelle

8.1. ORG-7007

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 8f646446-e837-4246-bfc1-5986b2a1519c - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 28/07/2025 10:13:36 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 494202-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 143/2025

Datum der Veröffentlichung: 29/07/2025